

Normalisieren

Deutschland braucht ein Gesamtkonzept für Zuwanderung

Eine „vorausschauende Einwanderungspolitik“ solle endlich mit der in Deutschland mangelhaften politischen Gestaltung der Migration und ihrer dramatischen Folgen Schluß machen. Notwendig sei die formelle gesetzliche Regelung und Institutionalisierung der Einwanderung im Rahmen einer Gesamtkonzeption mit klar abgesteckten Handlungsspielräumen und Zielvorstellungen. Vor fast nun genau zwei Jahren haben „Im Manifest der 60“ Migrationsforscher, Politologen und Soziologen diese Forderung nach einer umfassenden deutschen Einwanderungspolitik aufgestellt, wobei sie durchaus betonten, diesem Vorstoß seien bereits Appelle, Warnungen und wissenschaftliche Kritik zuhauf vorangegangen. Streng genommen sei in der Sache alles gesagt.

Die damals heftig geführte Debatte, ob nun die Deutschen besonders fremdenfeindlich seien oder nicht, hatte Anfang 94 dem „Manifest“ besondere Aktualität verliehen. Entsprechend begründeten dessen Autoren ihren Vorstoß auch mit der Erwartung, daß ein konfliktbeladener, für populistische Kampagnen geeigneter Prozeß entdramatisiert, durch staatliche Planungen und Regelungen normalisiert werde, weil dann transparent und kontrollierbar ist, wieviele Einwanderer jährlich ins Land kommen und was arbeitsmarkt- und sozialpolitisch für ihre Eingliederung getan werden muß.

Zwei Jahre später fehlt eine konzeptionelle Gestaltung des Problemfeldes Migration weiterhin und der Prozeß ist immer noch nicht „normalisiert“. Erst recht aber bleibt er reichlich konfliktbeladen und für Populismus bestens geeignet. Wohlfeiles Opfer einer solchen Kampagne war diesmal die Gruppe der Aussiedler, die – so der

Migrationsforscher und Mitautor des „Manifests der 60“, *Klaus Bade*, – auch Einwanderer sind – zwar nicht im rechtlichen (nach Artikel 116 GG sind sie Deutsche), aber im sozialen, kulturellen und mentalen Sinne.

Rein zufällig, nur weil das Thema einfach dran sei, forderte wenige Wochen vor den Landtagswahlen vom 24. März der SPD-Vorsitzender *Oskar Lafontaine*, sekundiert vom Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, *Rudolf Scharping*, und dem Spitzenkandidaten der baden-württembergischen SPD, *Dieter Spöri*, angesichts der gegenwärtigen Arbeitsmarkt- und der absehbaren Rentenkrise eine weitere und weitgehende Begrenzung des Aussiedlerzuzugs.

Der Aufschrei von allen Seiten ob dieses eigentlich nicht ganz neuen Ansinnens war heftig. Von der „Linken“ in den eigenen Reihen kam der Vorwurf, soziale Gruppen würden gegeneinander ausgespielt. Der Grünen-Vorstandssprecher *Jürgen Trittin* warf der SDP Populismus auf unterstem Stammtischniveau vor. Bundesinnenminister *Manfred Kanther* erinnerte, niemand werde verstehen, wenn die SPD Maßnahmen gegen deutsche Aussiedler fordere, die sie gegen den Asylmißbrauch jahrelang abgelehnt habe – nichts anderes also als die Fortsetzung des „taktischen Spiels der Parteien aus der schlimmen Zeit der Asyldebatte, das nach folgendem Grundmuster funktionierte: Schlägst Du meinen Asylbewerber, dann hau ich Deinen Aussiedler“ (*Heribert Prantl* in der *Süddeutschen Zeitung* 28. 2. 96). Wer außerhalb des parteipolitischen Gezänkes stand, bedauerte vor allem, daß wieder einmal das Thema „Zuzug“ Gegenstand von Wahlkämpfen geworden ist.

Wenn es insgesamt dringenden Diskussions- und Klärungsbedarf über die Steuerung und Regulierung von Zuwanderung gibt, so gehört der Umgang mit Spätaussiedlern sicher noch einmal zu den besonders heiklen Punkten. Wenn die Legitimation der Sonderregelung brüchig geworden ist, muß darüber geredet werden. Jedoch nicht nur

die komplexe rechtliche Situation verlangt dabei größtmögliche Ernsthaftigkeit und Sensibilität. Erst recht ist Fingerspitzengefühl geboten angesichts der Situation und des Schicksals derer, die vor allem aus den Republiken der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland gekommen sind, kommen wollen, oder zumindest mit der Sicherheit leben möchten, daß dies prinzipiell möglich ist.

Fast könnte man von einem Teufelskreis sprechen: Populistische Kampagnen mögen im letzten die Folgen einer fehlenden „vorausschauenden Einwanderungspolitik“ sein – unregelmäßig, nicht transparente Einwanderung schafft Verunsicherung und Ängste, die wiederum leichte Gefolgschaft versprechen. Solche Kampagnen verhindern aber auch eine konstruktive Einwanderungspolitik. Denn eines steht fest. Einwanderungspolitik ist in hohem Maße von einem fundamentalen Konsens abhängig, sie schafft enormen Diskussions- und Verständigungsbedarf.

Zuwanderung hat immer zwei Dimensionen. Auf der einen Seite kann sie der Aufnahmegesellschaft helfen, zentrale Probleme zu lösen (u. a. durch die Kompensation tiefgreifender demographischer Veränderungen, die Bereitstellung geeigneter Arbeitskräfte oder den Ausgleich sozialpolitischer Defizite). Einwanderungspolitik ist so zuerst auf die Interessen und Probleme der Einwanderungsgesellschaft gerichtet. Auf der anderen Seite jedoch bedroht Einwanderung latent den inneren Frieden und die Stabilität eines Landes, je nach dem wie die Integration der zuwandernden Gruppen in alle gesellschaftliche Bereiche gelingt oder eben nicht.

Damit sind aber nicht nur immer schon umfassende Integrationskonzepte, -maßnahmen und -institutionen nötig. Zuerst muß sich die aufnehmende Gesellschaft darüber verständigen wieviele, wer und woher zuwandern soll und darf. Unlösbar damit verbunden ist dann jedoch auch die Frage, wie man sich die Gestaltung der eigenen Zukunft vorstellt, wie die Bevölke-

rungs- und Wirtschaftsentwicklung, erst recht aber auch das kulturelle Profil. Eine emotionalisierte Debatte, gar die Suche nach Sündenböcken für die unterschiedlichsten Misereen schafft aber ein Klima, in dem ein solcher Konsens als Grundlage einer umfassenden Einwanderungspolitik erst gar nicht entstehen kann. fo

Märtyrer?

Der Streit um den Göttinger Exegeten Gerd Lüdemann

Spannungen zwischen der wissenschaftlichen Theologie und der kirchlichen Verkündigung bzw. dem kirchlichen Amt sind nicht zu vermeiden. Spektakuläre Vorgänge, bei denen sich diese Spannung an einer Person verdichten und auch zu rechtlichen Konsequenzen führen, sind dagegen eher selten: Anlässlich der Emeritierung von *Hans Küng* kam jetzt dessen Fall wieder ins Gespräch, der im Entzug der kirchlichen Lehrerlaubnis Ende 1979 gipfelte. Vor einigen Jahren erhitzte der „Fall Drewermann“ nicht nur im deutschen Katholizismus die Gemüter: dem Paderborner Privatdozenten, religiösen Schriftsteller und Therapeuten wurde vom zuständigen Bischof im Oktober 1991 die Lehrerlaubnis entzogen. Derzeit macht – diesmal auf evangelischer Seite – der Fall des Göttinger Neutestamentlers *Gerd Lüdemann* von sich reden.

Über seine Fakultät und das Fachpublikum hinaus wurde Lüdemann durch sein 1994 erschienenes Buch über die Auferstehung Jesu bekannt (vgl. HK, Mai 1994, 217 ff.). Im letzten Jahr veröffentlichte er ein Buch mit dem reißerischen Titel „Ketzer. Die andere Seite des frühen Christentums“ (Stuttgart 1995). Beide Werke sind eine merkwürdige Mischung aus fachwissenschaftlicher Analyse (der neutestamentlichen Auferstehungszeugnisse bzw. der Kanonbildung) und persönli-

chem religiösem Bekenntnis. So mündet das Ketzer-Buch in einen Epilog aus „Zehn Goldenen Worten“, in dem es u. a. heißt: „Ein winziger Lichtstrahl Jesu in meinem Leben ist wichtiger als alle Rechtgläubigkeit“ (S. 223). Lüdemann plädiert für ein am historisch rekonstruierten Jesus orientiertes Christentum und verwirft die Auffassung, die Bibel sei Gottes Wort oder Heilige Schrift.

Den Stein ins Rollen brachte vor allem ein Interview mit dem Göttinger Exegeten in den „Evangelischen Kommentaren“ (Heft 10/95). Lüdemann erklärte darin u. a. die ganze altkirchliche Christologie für überholt und nannte es eine „Schizophrenie, daß die Bekenntnisse nach wie vor gelten und die Pfarrer auf etwas ordiniert werden, was sie gar nicht mehr glauben können“. Auf die Schlußfrage, ob er selber noch auf dem Boden von Schrift und Bekenntnis stehe, antwortete Lüdemann: „Aus Gesinnungsgründen – nein!“

Die Konföderation Evangelischer Kirchen in Niedersachsen schloß den Neutestamentler daraufhin bis auf weiteres als Prüfer für das (unter kirchlichem Vorsitz durchgeführte) erste Theologische Examen aus. Diplom- und Magisterprüfungen (als reine Fakultätsprüfungen) kann Lüdemann weiterhin abnehmen. Als Grund für diese Maßnahme wurden die Äußerungen des Exegeten über die Scheinheiligkeit der Kirche bei ihrer Verpflichtung der Pfarrer auf die Bekenntnisschriften genannt. An den Forschungsmethoden und -ergebnissen Lüdemanns wolle man keinen Anstoß nehmen. Ob das klärende Gespräch, das die Kirchenleitung zur Voraussetzung für eine Wiederezulassung Lüdemanns als Prüfer machte, in absehbarer Zeit stattfinden wird, ist derzeit unklar.

Der „Fall Lüdemann“ hat zwei Dimensionen. Zum einen geht es um die rechtlichen Möglichkeiten der evangelischen Kirche gegenüber theologischen Hochschullehrern. Lüdemann ist nicht ordiniert, so daß ein *Lehrbeanstandungsverfahren* nach den dafür

vorgesehenen Ordnungen in seinem Fall nicht in Frage käme. In den Evangelischen Kirchenverträgen fehlt das in allen Konkordaten verankerte Recht auf *kirchliche Beanstandung* eines theologischen Hochschullehrers; es ist nur ein Gutachten der jeweiligen Landeskirche vor der Berufung vorgesehen. Allerdings vertreten evangelische Kirchenrechtler die Auffassung, daß aufgrund der kirchlichen Bindung der Theologischen Fakultäten eine nachträgliche Beanstandung grundsätzlich möglich wäre. Präzedenzfälle gibt es dafür aber nicht.

Zum anderen geht es um den Umgang von Kirche und Theologie mit Äußerungen, die in ausgesprochen vergrößernder Form und in falschen Alternativen (etwa: Weil die Bibel Menschenwort ist, kann sie nicht Gottes Wort sein) die Grundlagen des christlichen Glaubens antasten. Die zuständigen Landeskirchen möchten alles vermeiden, was aus Lüdemann einen „Märtyrer“ machen könnte und die Auseinandersetzung mit ihm ohne weitere disziplinarische Schritte inhaltlich führen. Der hannoversche Landesbischof *Horst Hirschler* hat im „Sonntagsblatt“ in einem Gespräch zum Streit um Lüdemann (23. 2. 96) daran erinnert, wer Theologie lehre, versuche in kritischer Reflexion die christliche Wahrheit verständlich zu machen. Wer diesem Anspruch durch „reine“ Wissenschaft und/oder persönliche Bekenntnisse zu Jesus ausweicht, grenzt sich letztlich selber aus dem theologisch-kirchlichen Gesprächs- und Handlungszusammenhang aus. ru

Vermint

Das laizistische Frankreich sieht sich herausgefordert

Was haben die Totenmesse für *François Mitterrand* in der Kathedrale Notre Dame, der Besuch des französischen Staatspräsidenten *Jacques Chirac* im Vatikan, beides im Januar,